

Bischof Richard Williamson und wie er den Holocaust kleinredet

Die päpstliche Rehabilitation hat Holocaust-Leugner Williamson an den Pranger gebracht. Wie haben andere in ähnlicher Situation den Kopf aus der Schlinge gezogen?

Von Hans Moser, Buenos Aires

Die Botschaft aus Rom ist klar. Richard Williamson müsse «unmissverständlich und öffentlich» seine Behauptungen zum Völkermord an den Juden widerrufen, bevor er wieder voll in die katholische Kirche aufgenommen werden könne, teilte das Staatssekretariat des Vatikans jetzt nach Tagen des Wartens mit. Der britische Bischof hatte in einem Interview mit dem schwedischen Fernsehen erklärt, er gebe Beweismaterial, dass kein Mensch während des Dritten Reichs vergast worden sei. Benedikt XVI., beteuert der Vatikan, habe die Ansichten des ultrakonservativen Priesters nicht gekannt, als er am 24. Januar dessen Exkommunizierung aufgehoben und damit weltweit einen Sturm der Empörung auslöste. Nicht nur jüdische Organisationen reagierten entrüstet, auch in der katholischen Kirche wurde Kritik laut.

Hätten die Mitarbeiter des Papstes auch nur oberflächlich recherchiert, wäre ihnen Williamsons Antisemitismus nicht verborgen geblieben. Seit 20 Jahren hat er immer wieder seinem Hass gegen die Juden freien Lauf gelassen. Im April 1989 bestritt er während einer Messe im kanadischen Sherbrooke, dass im Vernichtungslager Auschwitz Juden vergast worden seien. «Das waren alles Lügen», wettete er in seiner Predigt. «Die Juden erfanden den Holocaust, damit wir demütig auf Knieen ihren neuen Staat Israel genehmigen.»

Williamson kam im März 1940 in London als Sohn anglikanischer Eltern zur Welt. Mit 30 konvertierte er zum katho-

schischen Glauben, zwei Jahre später trat er ins Seminar der ultrakonservativen Priesterbruderschaft St. Pius X. in Ecône VS ein. Der französische Gründer der Bruderschaft, Erzbischof Marcel Lefebvre (1905-1991), weihte ihn 1976 zum Priester. Williamson machte rasch Karriere in der traditionalistischen Religionsgemeinschaft, deren Chef mit dem französischen Rechts-extremisten Jean-Marie Le Pen sympathisierte. Er unterrichtete zunächst als Professor in Ecône und wurde später Leiter des Seminars der Bruderschaft in Ridgefield (USA). Im Juni 1988 beförderte Lefebvre in eigener Machtvollkommenheit Williamson und drei weitere Priester zu Bischöfen und provozierte damit das Schisma der Pius-Brüder mit Rom. Papst Johannes Paul II. exkommunizierte sowohl den Rebellen Lefebvre als auch die von ihm geweihten Bischöfe.

Die Exkommunizierung hinderte Williamson nicht daran, Anhängern seiner Glaubensgemeinschaft weiterhin Sakramente zu spenden und Geistliche für die Bruderschaft auszubilden. Seit 2003 lebt er in Argentinien und leitet dort in einem Dorf etwa 40 Kilometer westlich von Buenos Aires das Seminar La Reja. Der Name la reja heisst das Gitter – passt gut zum 1997 gegründeten Kloster, schirmen sich seine Bewohner doch mit hohen Mauern und Stacheldraht von der Aussenwelt ab. Zurzeit gibt Williamson an 28 junge Männer aus Argentinien, Spanien, Italien, Mexiko und Kolumbien die Lehre der Pius-Bruderschaft weiter. Dreimal täglich treffen sich die Lefebvre-Jünger zur Messe, die in unbeeinträchtigt Traditionalistenmanier in lateinischer Sprache gelesen wird – als hätte es nie ein Zweites Vatikanisches Konzil gegeben.

Mit Medienleuten mag Williamson nach dem Ecône nicht reden. «Der Bischof gibt keine Interviews», winkt ein Wärter an der Klosterpforte ungnädig ab. In den letzten Wochen habe er auch keine Andachten mehr öffentlich gelebt. Er sei aber guten Mutes, ist aus seinem Umfeld zu hören, und stehe in ständigem Kontakt mit anderen Bischöfen der St.-Pius-Brüder.

Wie wird Williamson auf das Ultimatum aus Rom reagieren? Wird er sich entschuldigen oder wie andere Holocaust-Leugner und Verharmloser des Faschismus (siehe unten) seine Behauptungen zumindest relativieren? In seinem Umfeld hält man einen vollständigen Rückzieher für wenig wahrscheinlich. «Ich nehme nicht an, dass er widerruft», hat ein argentinischer Lefebvrer, der den Bischof angeblich gut kennt, der argentinischen Tageszeitung «La Nación» erklärt. «Ich glaube auch nicht, dass der Generaloberer der Bruderschaft, Bischof Bernard Fellay, das von ihm verlangen wird.»

Eine Entschuldigung, die keine ist

In einem Brief hat Williamson Papst Benedikt XVI. vor ein paar Tagen um Verzeihung gebeten für die Unannehmlichkeiten, die er ihm verursacht habe. Seine umstrittenen Äusserungen zog er jedoch nicht zurück. Wörtlich hiess es in dem im Internet veröffentlichten Schreiben: «Angesichts des schrecklichen Sturms, der durch meine unvorsichtigen Kommentare im schwedischen Fernsehen heraufbeschworen wurde, bitte ich Sie mit allem Respekt, den Ausdruck meines tief empfundenen Schmerzes wegen der von mir ausgelösten unnötigen Verunsicherungen und Probleme zu akzeptieren.»

Eine Entschuldigung ist das nicht, viel eher ein missglückter Versuch, ungeheuerliche Behauptungen als eine Art Betriebsunfall herunterzuspielen.

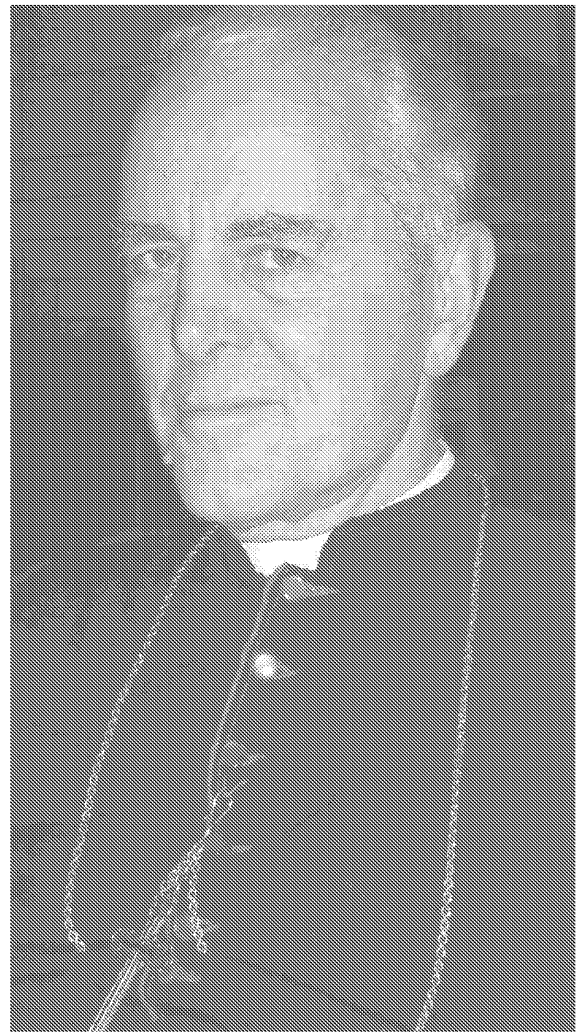


BILD JENS FALK/REUTERS

Bischof Richard Williamson predigt seit 20 Jahren Hass gegen die Juden.

«Die Juden haben den Holocaust erfunden, damit wir ihren Staat Israel genehmigen.»

GIANFRANCO FINI

Symbolträchtige Kehrtwende



Gianfranco Fini ist seit April 2008 Vorsitzender der Abgeordnetenkammer des italienischen Parlaments und bekleidet damit das dritthöchste Staatsamt im Land. Blick

man zurück, hat der heute 57-Jährige eine atemberaubende Karriere hingelegt, vom überzeugten Faschisten zu einem der angesehensten italienischen Politiker. Manche sehen in ihm sogar einen zukünftigen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten – für die Zeit nach Berlusconi, versteht sich.

1994 hatte Fini die Partei Alleanza nazionale (AN) gegründet und sich aus taktischen Gründen von den Altfaschisten des Movimento sociale italiano (MSI) abgespalten. Das hielt ihn aber nicht davon ab, voller Überzeugung Sätze zu sagen wie: «Mussolini war der grösste Staatsmann des Jahrhunderts.» Fünf Jahre zuvor hatte Fini, der einst Führer der rechtsradikalen Jugendbewegung Fronte della gioventù war, erklärt: «Ja, ich glaube noch an den Faschismus.»

Viele behaupten, es sei der Drang zur Macht gewesen, der Fini vor fünf Jahren eine Kehrtwende vollziehen liess. Im November 2003, anlässlich eines Besuchs der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, lernte Italien nämlich Fini von einer anderen Seite kennen. Mit Kippa auf dem Kopf kritisierte er die «schändlichen, vom Faschismus gewollten Rassengesetze», die das «absolute Böse des 20. Jahrhunderts» gewesen seien. Auch vom «Schrecken des Holocausts» sprach Fini damals. Der Besuch markierte den Beginn von Finis steiler Karriere als Politiker. Er wurde 2004 für zwei Jahre Ausussenminister in der damaligen Regierung von Silvio Berlusconi. Seine Alleanza nazionale gilt seit Finis Israel-Besuch als «postfaschistisch». Julius Müller-Meiningen

JÖRG HAIDER

Fortlaufende Provokationen



Die Biografie des österreichischen Politikers Jörg Haider (1950-2008) ist eine Illustration des Satzes, der Wilhelm Busch und Bertolt Brecht zugeschrieben wird: «Ist der Ruf erst

ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert.» Haider hielt sich früh daran. In der schlagenden Studentenverbindung Silvania übte er mit anderen Burschen das Fechten gegen Strohputzen, denen ein Schild mit dem Namen «Simon Wiesenthal» umgehängt wurde. Wiesenthal, Überlebender eines Konzentrationslagers, leitete bis zu seinem Tod das Wiener Dokumentationszentrum über die Verbrechen an den Juden.

1985 verteidigte Haider ein anderes Mitglied der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mit der Bemerkung, dessen «persönliche Ehre» sei gefährdet, wenn man ihn «als Kriegsmörder oder Halbjuden» bezeichne. Von der Vertreibung der Sudeutschen und von der Vernichtung der Juden mochte er «nicht beurteilen, was schlimmer gewesen ist». Deren Gleichsetzung rechtfertigte er damit, er sei halt dagegen, «dass man Menschenrechtsverletzungen quantifiziert». Hitlers Nachfolger, den als Kriegsverbrecher verurteilten Grossadmiral Karl Dönitz (1891-1980), nannte er einen «grossten Mann».

Überregional wurde Haider bekannt, als er am 13. Juni 1991 über Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik sprach: «Das hats im Dritten Reich nicht gegeben, weil im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal die Regierung in Wien zusammenbringt. Das muss man auch einmal sagen.» 1995 bescheinigte der Oberste Gerichtshof in Wien, man dürfe Haider als «Verharmloser der NS-Vergangenheit» bezeichnen. Seiner Karriere schadete es nicht. Haider starb bei einem Autounfall, den er betrunken verursacht. Rudolf Walther

JEAN-PASCAL DELAMURAZ

Briefliche Entschuldigung



Nie und nimmer war der verstorbene Jean-Pascal Delamuraz ein Antisemit oder Holocaustleugner. Mit einem seiner bekanntesten Aussprüche näherte der FDP-Bundesrat

aber den Verdacht, er bediene jüdenfeindliche Klischees. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die nachrichtlosen Vermögen aus dem Zweiten Weltkrieg bei Schweizer Banken druckten Westschweizer Tageszeitungen die autorisierte Aussage des scheidenden Bundespräsidenten, wonach ein Hilfsfonds für Nazi-Opfer «nichts anderes als ein Lösegeld und Erpressung» sei.

Delamuraz' Worte lösten in Israel und in den USA heftige Empörung aus. Aufgefasst wurden die Worte im Silvester-Interview 1996 als Anspielung auf eine jüdische Weltverschwörung. Der medialen Zuspitzung folgte der Skandal-Dreischritt: Empörung – Steigerung der Empörung durch (bundesrätliches) Abwiegen – Entschuldigung. Die Erpressungsaffäre wurde für die Eidgenossenschaft zu einem teuren Lehrstück in politischer Public Relations.

Der Leiter der Task Force Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Botschafter Thomas Borer, verglich Delamuraz später mit einem Regimentskommandanten, der ohne Rücksprache eine Offensive startet: «Er marschierte los, ohne Artillerieunterstützung und ohne Panzer. Seine Offensive führte dazu, dass die ganze Armee den Rückzug antreten musste.» Es kam, wie es kommen musste: Eine Woche nach dem Interview initiierte der Bundesrat einen Fonds für Nazi-Opfer mit 273 Millionen Franken. Wiederum eine Woche später rang sich Delamuraz zu einem Brief an den jüdischen Weltkongress durch. Er sei «sorry», schrieb der Waadtländer, dass er die Gefühle der jüdischen Gemeinschaft verletzt habe. Thomas Knellwolf

GÜNTHER OETTINGER

Missverständnis bedauert



Der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger starb am 1. April 2007. Die Trauerrede hielt Ministerpräsident Günther Oettinger: Filbinger war Mit-

glied mehrerer nationalsozialistischer Organisationen und am Kriegsende Marine-Organist gewesen. Als 1978 bekannt wurde, dass er in dieser Funktion auch an Todesurteilen mitgewirkt hatte, musste er zurücktreten. Filbinger hat das nie verwunden und war bis an sein Lebensende der Meinung, dass das, was «damals Recht war, heute nicht Unrecht sein kann».

Auf dieser Rechtsauffassung basierte auch Oettingers Trauerrede vom 1. April 2007. Er behauptete nicht nur, «Hans Filbinger war kein Nationalsozialist», sondern zeichnete vom Verstorbenen auch das Bild eines «schicksalhaft» verstrickten Fast-Widerstandskämpfers, der «in eine Situation hineingeraten» sei, die den Menschen heute zum Glück erspart bleibt.

Die Medien reagierten empört auf den dreisten Versuch einer Reinwaschung. Trotz der Proteste erklärte Oettinger zwei Tage nach der Rede noch trotzig, diese sei «ernst gemeint und bleibt so stehen». Erst nach einer öffentlichen Intervention der Bundeskanzlerin fand sich Oettinger zu einer gewundenen Erklärung bereit, in der er sein «Bedauern» ausdrückte und von «Missverständnissen» sprach. Der CDU-Führung genügte dieser Rückzieher, der Opposition, dem Zentralrat der Juden und Teilen der Medien nicht. Oettinger blieb nämlich bei seiner für massgebliche Historiker unhaltbaren These: «Filbinger war ein zu tiefst christlicher und konservativer Mensch mit einer belegbaren inneren Distanz zum NS-Regime.» Sein Stuhl wackelte, aber Oettinger ist heute noch im Amt. Rudolf Walther

ROBERT FAURISSON

Der Gang durch die Gerichte



Der mittlerweile achtzig Jahre alte Robert Faurisson ist mit seinem Schicksal recht zufrieden. Die französische Justiz habe ihn anständig behandelt, erklärte der gebürtige Brite

kürzlich rückblickend auf ein halbes Dutzend Prozesse, die ihm zwischen 1981 und 2007 wegen Revisionsismus gemacht wurden. Verglichen mit anderen Holocaust-Leugnern, die von deutschen, österreichischen, schweizerischen oder amerikanischen Gerichten verurteilt wurden, habe er das «Glück gehabt, in einem Schlaraffenland zu leben».

Der Literaturprofessor Faurisson, der in Frankreich aufgewachsen ist, die besten Schulen besucht und die höchsten Universitätsklausuren abgelegt hat, verfasste 1979 einen Meinungsbeitrag für «Le Monde». Unter dem Titel «Das Problem der Gaskammern oder das Gerücht von Auschwitz» beschrieb er den Holocaust als Lüge zugunsten Israels. Faurisson verlor daraufhin seinen Lehrstuhl an der Universität Lyon II, die vielen Rechtsextremisten im Lehrkörper zählte. Bis zu seiner Pensionierung 1990 wurde er ins staatliche Zentrum für Fernunterricht abgestellt.

In den ersten Prozessen wurde er zu symbolischem Schadensersatz von jeweils einem Franc verurteilt. 1991 und 1997 lautete die Strafe auf 100 000 und 20 000 Franc Busse. 2007 wurde er zu drei Monaten Haft auf Bewährung und 7500 Euro Strafe verurteilt. Gerade deshalb lud der Komiker Dieudonné, der rechtsextreme Sympathien besitzt, ihn zu einer Vorstellung am 26. Dezember 2008 nach Paris ein. Vor fünftausend Menschen, unter ihnen Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen, zeichnete er Faurisson mit dem «Preis der unerträglichen Frechheit» aus. Der nächste Veranstaltungsort, Montpellier, lud Dieudonné daraufhin aus. Jacqueline Héraud